

- 5 Die Universität hat am 7. Oktober über 1.200 geflüchtete Studieninteressierte begrüßt.  
Aus diesem Anlass erklärt das Studieredenparlament:

**Für Frieden und Gerechtigkeit – Verbesserungen hier beginnen!**

- 10 Mehr als 60 Millionen Flüchtlinge weltweit konfrontieren alle damit, dass ein „Weiter so“ weder  
menschenswürdig noch möglich ist: Massive soziale Ungleichheit, Krieg, Klimaveränderungen und  
Verfolgung sind Folgen der Weltmachtspolitik vorrangig der NATO-Staaten und ihrer Verbündeter.  
Sie wird im ökonomischen Interesse von etwa einem Prozent der Weltbevölkerung, das über die  
Hälfte weltweiter Vermögen besitzt, betrieben. Gleichzeitig leben über 1,2 Mrd. Menschen von  
15 weniger als einem Euro am Tag.  
Um ein gemeinsames Leben der Menschheit in Frieden, Gerechtigkeit und Würde zu ermöglichen,  
muss daher die politische Entwicklung in den hoch entwickelten Zentren der Welt eine neue  
Richtung bekommen. Aus gegenwärtiger Verantwortung und als spezifische Lehre aus der  
deutschen Geschichte setzt sich die Studierendenschaft der Uni Hamburg für die globale  
20 Verwirklichung des Menschenrechts ein: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! –  
das heißt auch: die gleiche Würde aller Menschen politisch, sozial und kulturell weltweit zu  
verwirklichen und die Ungleichmacherei mit ihren politisch-ökonomischen Grundlagen zu  
überwinden!
- 25 **Frieden**  
Die Kriege der Gegenwart gehen vorrangig auf die geopolitischen Strategien der NATO-Staaten, die  
sich hauptsächlich aus den ökonomischen Interessen des Kapitals ergeben, zurück. Eine zivile  
internationale Politik durchzusetzen, ist dagegen unsere gemeinsame Aufgabe. Wir sind Teil der  
Friedensbewegung und unterstützen entsprechende Initiativen:
- 30 - Die Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen gestoppt; die Stützpunkte der US-Streitkräfte auf  
dem Territorium der BRD müssen stillgelegt werden.  
- Wir setzen uns für eine Zivilklausel ein, die Produktion und den Export von Waffen aus der  
Bundesrepublik verbietet. Nie wieder darf von hier Krieg ausgehen!  
- Eine Zivilklausel für die Hochschulen soll ermöglichen, nur zu friedlichen Zwecken Forschung,  
35 Lehre und Studium zu realisieren.  
- Wissenschaft und Bildung zur Erforschung von Konflikt- und Friedensursachen, Friedens- und  
Interkulturelle Bildung sowie Wissenschaft für eine zügige Konversion aller Rüstungsindustrien in  
zivile Produktion müssen erkämpft, ausgebaut und besser öffentlich finanziert werden.
- 40 **Gerechtigkeit**  
600 Jahre koloniale und imperialistische Ausbeutung, Unterdrückung und Entwicklungszerstörung  
aus den entwickelten Zentren des Nordens gegen große Teile der Welt haben tiefe, teilweise  
unwiederbringliche Schäden angerichtet. Entwicklungsförderung muss diese Praxis umkehren:
- 45 - Faire internationale Beziehungen zwischen Nord und Süd setzen voraus, dass der Freihandel  
sowie ungerechte Subventionen, Spekulation und Reichtumskonzentration beendet werden.  
- Eine kooperative, egalitäre Entwicklungsförderung muss neu errungen werden.  
- Die öffentlichen Mittel für Entwicklungsförderung und für das UNHCR müssen sofort erhöht  
werden.  
- Ökonomische und Sozialwissenschaften müssen verstärkt diesen Zielen zugewendet werden.
- 50 **Gleichheit - Kein Mensch ist illegal!**  
Grenzen und ungleiche Rechte wenden sich in der „globalisierten“ Welt gegen die Bevölkerungen,

während sie für den Verkehr von Waren und Kapital eingerissen werden, damit die Profite der Gewinngrößten weiter rasant wachsen.

55 - Das mörderische Grenzregime der EU muss beendet und durch die Ermöglichung sicherer Fluchtwege (Öffnung von Botschaften, Vergabe von Visa, Bereitstellung von Fähren etc.) beendet werden.

- Sofortiger Stopp aller Abschiebungen. Die apologetische Konstruktion „sicherer Herkunftsstaaten“ muss beendet werden.

60 - Jeder Mensch muss sich den Ort seines Aufenthalts selbst wählen können und gleiche Rechte wahrnehmen können.

- Das bundesdeutsche Asylrecht ist vollständig wiederherzustellen und auf alle Fluchtgründe auszuweiten.

## 65 **Inklusion**

Die öffentlichen Einrichtungen müssen demokratisch organisiert und kooperativ selbstverwaltet sein. Dies sind wesentliche Voraussetzung dafür, dass diese gesellschaftlichen Bereiche ihren notwendigen Beitrag zur gleichberechtigten Partizipation aller Menschen am gesellschaftlichen Leben und Entscheidungen leisten können. Die neoliberale Politik der Sozialstaatszerstörung bringt heute den Öffentlichen Dienst alltäglich ans Ende der Belastbarkeit. Viele öffentliche Aufgaben werden nunmehr von ehrenamtlich Aktiven wahrgenommen. Es ist gut, dass sich viele engagieren. Aber notwendiger Teil dieses Engagements ist es, den Rückzug des Staates aus öffentlichen Aufgaben zu beenden. Der Vereinnahmung ehrenamtlichen Engagements zur Fortsetzung neoliberaler Privatisierungspolitik tritt die Studierendenschaft entgegen:

70 - Personalabbau (von Fördern & Wohnen bis an die Hochschulen), die Vorgabe an öffentliche Betriebe erhebliche Gewinne zu machen (z.B. bei SAGA und HVV) sowie die (Teil-)Privatisierungen und Einschnitte bei Gesundheit, Bildung, Wissenschaft und Kultur der letzten 25 Jahre müssen rückgängig gemacht werden.

75 - Die veränderten Aufgaben des Bildungsbereichs für eine weltoffene Entwicklung müssen besonders in der Sozialen Arbeit, Erziehungswissenschaft und Lehrer\*innenbildung durch eine bedarfsgerechte öffentliche Finanzierung angemessen berücksichtigt werden.

## **Hochschulen öffnen**

Die Studierendenzahlen werden höher, die Studienplatzzahlen ist konstant zu gering. Wir kämpfen für einen bedarfsgerechten Ausbau der öffentlichen Studienkapazitäten in allen Studiengängen und den Abbau aller Bildungshürden. Dies sind insbesondere:

- Diskriminierende Zulassungs- und ausländerrechtlichen Hürden für Studierende aus Nicht-EU-Ländern,

- die Auslese-Mechanismen des Bologna-Systems,

90 - alle offenen und versteckten Bildungsgebühren (z.B. „Verwaltungskostenbeitrag“, Laborkittel, Prepbestecke, unbezahlte Praktika).

- Die Hochschulen müssen mit öffentlichen Mitteln in die Lage versetzt werden, bedarfsgerecht Beratung, Inklusion und „Deutsch als Fremdsprache“ (dabei auch: Intensivkurse) kostenfrei zu gewährleisten.

95 - Die Studienkollegs und Vorbereitungskurse oder Gasthörerprogramme der Hochschulen für geflüchtete Studieninteressierte müssen angemessen ausgebaut werden.

- Das Studierendenwerk muss für Wohnen und soziale Leistungen erheblich ausgebaut werden.

## **Solidarität bricht Austerität!**

100

Das menschliche Leben sprengt die Fesseln der Austerität überall. Der solidarische Kampf für eine gesellschaftliche Entwicklung, die im internationalen Zusammenhang das Menschenrecht zur Geltung bringt, ist das gemeinsame Interesse der 99% – gleich welcher Herkunft. Das Studierendenparlament fordert alle Hochschulangehörigen auf, sich an der Verwirklichung der hier

105 formulierten Ziele zu beteiligen.